

HALLO FRAUEN!

Es ist vollbracht! Die Frauengruppe ist gegründet!
Was an sich natürlich noch nicht viel heißt, es liegt
jetzt an Euch und an uns, sie wachsen und gedeihen
zu lassen und mit Leben zu erfüllen!

Nächstes Treffen: 4.1.86, 16.30 Uhr
im GRÜNEN BÜRO (Ludwigshöhstraße 55).

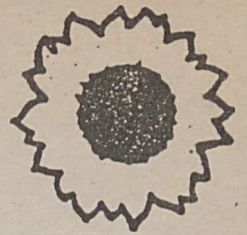
Konzeptionell haben wir uns vorgenommen:

1. den Kontakt zu anderen Frauengruppen und -projekten
zu suchen und aufrechtzuerhalten,
2. dafür zu sorgen, daß die Kreismitgliederversamm-
lungen sowohl in organisatorischer (Zeit! Kinder-
betreuung!) als auch in inhaltlicher Sicht frauen-
freundlicher werden,
3. sollen Frauen (auch z.B. neu eingetretene oder Sym-
pathisantinnen) bei uns eine Anlaufstelle haben und
zu weiteren Aktivitäten ermuntert werden.
4. wollen wir versuchen, Stellungnahmen zu aktuellen
Frauenangelegenheiten in die Presse zu bringen.

Das wär's. Es reicht aber auch, wenn wir alles verwirk-
lichen wollen. Wir können noch jede Menge Mitstreiter-
innen gebrauchen - bis zu den fernen Tagen, wo in jeder
KMV genausoviel Frauen wie Männer auftauchen, wo genau-
soviel Rede und Diskussionszeit für Themen wie alter-
native Erziehung, männliches und weibliches Rollen-
verhalten, Alternativen zum Gesundheits- und Sozialsy-
stem verwandt wird wie für Müll, Umgehungsstraßen und
Atomkraftwerke. (Wobei ich letztere Themen natürlich
nicht für unwichtig halte!)

Dyde

DIE GRÜNEN KREISVERBAND DARMSTADT

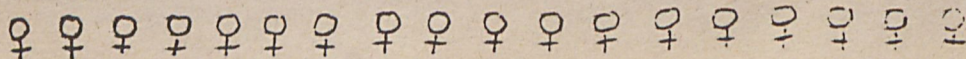


Rundbrief 1/86

Liese Leute,
dies ist der erste Rundbrief, den ich „mache“
(und ich bin ein bißchen nervös weil er
noch rasch zum Drucker muß und ich
immer noch nicht fertig damit bin).

Das Neue Jahr bringt uns ein paar
wichtige Gedank- (und vielleicht Aktion-)
tage: • Im Juli jährt sich zum
50. Mal der Überfall Francos auf Spanien
und der Beginn der Spanischen Revolution, -
• im November sind es 5 Jahre her
seit der Vernichtung des Kitzbühler
am der jetzigen Ort Salzwasser -
• dreißig Jahre ist es am 1.1. her,
daß in der Bundesrepublik die Wehrpflicht
wieder eingeführt wurde! Unser Wald-
sterben, den Angriff gegen das Streikrecht,
die WAA usw. Sprach ich Euch nichts zu
erzählen - mein Neujahrswunsch an
uns alle ist, daß wir unseren Kampf-
geist nicht im Flügel-Hickhack ver-
schließen sondern da, wo's brennt!

Franz



6
reichen. Chaotischerweise schickte der Kreisvorstand trotzdem die beiden noch unvereinigten Texte zum Landesverband, was dort einige Verwirrung auslöste.

Michael und ich fügten unserem vereinigten Antragstext den Satz an: „Dieser Antrag mit Begründung wurde am 15. Mai 85 von über 80 Prozent der Kreismitgliederversammlung der Darmstädter GRÜNEN nach mehrstündiger Diskussion beschlossen.“

Die Angabe des genauen Zahlenverhältnisses (19 ja/3 nein/1 Enthaltung) hielten wir beide für entbehrlich, zumal es auch völlig unüblich ist, diese genauen Zahlen anzugeben (im Landesrundbrief und auch in den Bundesrundbriefen finden sich auch bei Anträgen anderer Kreis- oder Ortsverbände nirgends solche Zahlenangaben, sondern allenfalls allgemeine Angaben wie „einstimmig beschlossen“ und dergleichen). Wenn Björn aber trotzdem jemandem unbedingt einen Vorwurf machen will, dann aber bitte schön nicht nur mir, sondern auch Michael Will-Gaertner. Wie grobschlüchtig Björn arbeitet zeigt sich übrigens auch daran, daß er in seinem Antrag gegen mich den Anti-Koalitionsantrag auf den 8.6. datiert anstatt auf den 15. Mai 85 – vielleicht liegt das daran, daß er am 15. Mai 85 selber gar nicht anwesend war und also nicht mitdiskutiert hat – hat er den Antragstext überhaupt jemals in der Hand gehabt?

- b) zur Kreisversammlung vom 3. Okt. 85 gab ich das von mir erarbeitete Papier „Alles Gute kommt von unten“ in den Rundbrief ein (das ich auch schon im Landesrundbrief veröffentlicht hatte), damit der Kreisverband darüber diskutieren und die von mir formulierte und beantragte Neufassung des LHA-Paragraphen der Landessatzung eventuell auch als Kreisverbands-Antrag übernehmen kann. Wir diskutierten circa eine Stunde lang ganz sachlich, wobei ich auf alle Fragen ausführlich einging. Zu meiner Überraschung wurde mein Satzungstext dann unverändert und ohne Gegenstimme angenommen (6 ja/0 nein/7 Enth.). Björn war allerdings nicht anwesend; ebenso waren von unseren 150 Kreismitgliedern nur 13 gekommen, was aber sicher nicht mir anzulasten ist, sondern inzwischen hessenweit in den Kreisverbänden zu beobachten ist (hängt vielleicht mit der äußerst widersprüchlichen Landespolitik zusammen?!). Circa zwei Wochen später war ich in der Landesgeschäftsstelle und bekam von Monika Scheffler gezeigt, wie unser Kreisvorstand diesen Satzungsänderungs-Antrag eingereicht hatte. Anstatt einfach meinen Text auszuschneiden, auf ein neues Blatt zu kleben und die Bemerkung dazuschreiben, daß das ein Antrag des Kreisverbands ist, hatte Bernd den gesamten Satzungstext neu getippt. Das ganze zog sich nun über zwei Seiten hin und sah aus wie eine einzige Bleiwüste. Bernd bestätigt, daß er davon ausging, die Landesgeschäftsstelle werde den Antrag sowieso nochmal neu arrangieren.

Monika und ich kamen schnell überein, daß das ganze aus platzökonomischen und graphischen Gründen auf eine Seite zusammengestellt werden muß und daß am besten mein Originaltext ausgeschnitten und verwendet wird, so daß auch gleich zu erkennen ist, daß es sich um denselben Text handelt, den ich schon im vorigen Landesrundbrief unter dem Titel „Alles Gute kommt von unten“ veröffentlicht hatte. Schließlich war auch klar, daß ich meinen (nun auch vom Kreisverband unterstützten) Antrag in der Landesversammlung erläutern und begründen werde, also auch ein legitimes persönliches Interesse daran habe daß der Text übersichtlich und lesbar abgedruckt ist.

Bernd hatte in seinem Antragstext nicht angegeben, mit welchem Zahlenergebnis der Beschluß des Kreisverbands gefaßt worden war, sondern nur dazugeschrieben: „So verabschiedet auf der KMV am 3.10.85 in Darmstadt.“ Daneben hatte Bernd noch ein erläuterndes Begleitschreiben mitgeschickt, in welchem er das Zahlenergebnis erwähnte: „Die Entscheidung für diesen Antrag fiel übrigens bei unserer gestrigen monatlichen KMV (3.10.) bei 6 Jastimmen und 7 Enthaltungen (und keiner Gegenstimme).“

Daraufhin übernahm ich aus diesem Begleitschreiben den Hinweis, daß der Beschluß ohne Gegenstimme gefaßt wurde: „Die Kreisversammlung der Darmstädter GRÜNEN beschloß am 3.10.85 ohne Gegenstimme den Antrag an die Landesversammlung, §6 der Landessatzung der GRÜNEN-Hessen wie folgt neuzufassen...“

Zum Vergleich:

Unser benachbarter Kreisverband-Darmstadt-Dieburg, bei dessen Kreistagsfraktion Björn als Geschäftsführer angestellt ist, beantragte zur Landesversammlung in Altenbuseck (März 85) die Abschaffung des LHA und schrieb dazu ohne Angabe des genauen Zahlenverhältnisses:

7
„So beschlossen auf der KMV vom 6.3.85 mit deutlicher Mehrheit.“

Auch hieran sieht man, daß es jedenfalls unüblich ist, die Zahlen anzugeben, und daß Björn nicht hier und mit Vorliebe gegen mich etwas fordern sollte, was er nicht auch im KV-Darmstadt-Dieburg fordert, wo er als Fraktionsgeschäftsführer maßgeblichen Einfluß hat!

Es wäre problematisch gewesen, wenn ich „einstimmig“ geschrieben hätte; ich schrieb aber „ohne Gegenstimme“. Und dazu sollte man wissen, daß aufgrund unserer Satzung Stimmenthaltungen keinerlei Bedeutung haben, gleichgültig ob sich jemand in der Versammlung der Stimme enthält oder ganz zu Hause bleibt! Wir haben bewußt darauf verzichtet, Stimmenthaltungen eine ähnliche Bedeutung und Wirkung wie Neinstimmen zu geben, denn dann wären es keine echten Stimmenthaltungen mehr – Stimmenthaltungen zählen deshalb bei uns überhaupt nicht mit, es kommt nur auf das Verhältnis von Jastimmen zu Neinstimmen an.

Warum hätten wir also unbedingt das Zahlenergebnis (6 ja/0 nein/7 Enthaltungen) angeben sollen? Es war ja auch keine Kampfabstimmung, bei der eine solche Angabe angebracht wäre.

Was will Björn mit seinem erneuten Verleumdungsversuch gegen mich erreichen, indem er mich als Lügner abstempelt und ein Feindbild gegen mich pappelt?

Wie lange soll ich mir diese Bild-Zeitungs-Methoden von Björn (er möchte Journalist werden) eigentlich noch gefallen lassen, mich in ein schiefes Licht und in Verruf bringen lassen?

Oder soll das etwa den Kreisrundbrief spannender machen, daß darin immer wieder falscher Alarm geschlagen wird, Verunglimpfungen und Richtigstellungen zu lesen sind? Dann aber gefälligst nicht auf meinem Rücken!

Übrigens:

Inzwischen hat ein zweiter hessischer Kreisverband unseren (meinen) Satzungsänderungs-Text als Antrag unverändert übernommen.

Und außerdem hat auch eine Gruppe von Antragstellern aus 8 hessischen Kreisverbänden diesen Antragstext (mit geringen Änderungen) übernommen.

So long.

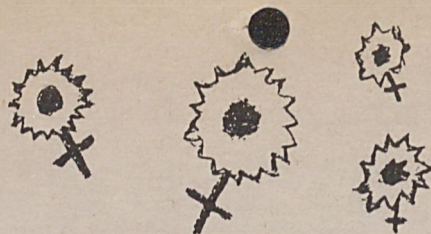
mits machen

5. Dezember 85

Es wird der Tag kommen,
an dem die Kinder des
weisen Mannes sich wie
Indianer kleiden werden,
lange Haare, Perlenschnüre
und Stirnbänder tragen
werden. Aus dieser Generation
werden unsere ersten
wahren nichtindianischen
Freunde hervorgehen.

Aus einer Hopi-Prophezeiung





Liebe Frauen,

am 5. April um 16.30 Uhr wollen wir uns wieder im GRÜNEN Büro treffen.

Es ist sehr wichtig, daß Ihr alle kommt! Wir müssen unbedingt über die Frauenbeauftragte sprechen. In der letzten Fraktionssitzung berichtete Daniela über die "Fortschritte" zur Einstellung einer Frauenbeauftragten. Kurz: Es sieht nun so aus, daß wir wahrscheinlich in dieser Kommission nur einen geringen Einfluß ausüben können. Die Meinung der Fraktion tendiert dahin, daß es wohl keinen Zweck haben wird, sich hier zu betätigen. Sie möchte aber unser (Frauengruppe) Votum abwarten, bevor eine endgültige Entscheidung fällt (Austritt aus der Arbeitsgruppe). Ich meine, daß wir unseren auch noch so geringen Einfluß geltend machen sollten. Ist eine GRÜNE Frau erstmal im "Mauschel-Gremium" drin, können wir wenigstens etwas über die dortigen Vorgänge erfahren. Zunächst sollten wir aber über die Verfahrensweise, und ob wir zum nächsten Gremium-Treffen in einer größeren Frauengruppe (Frauen-Power) unsere ureigensten Interessen vor dem OB vertreten, diskutieren.

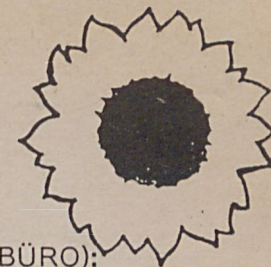
Wenn es Euch ernst mit GRÜNER Frauenpolitik ist, dann kommt! Gemeinsam sind wir stark!

Daniela

DIE GRÜNEN

KREISVERBAND DARMSTADT

Mitglieder-Rundbrief vom 21. 3. 1986 (Nr. 4)
Herausgeber: der Vorstand



Anschrift der Fraktionsgeschäftsstelle (GRÜNES BÜRO):
Ludwigshöhstraße 55, (Bessungen, Ecke Ludwigshöhstraße/
Moosbergstraße. Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8)

Telefon: 61490 oder 61430

Kontonummer: 1568 33-600 im Postgiroamt Frankfurt.

Betrifft: Vorstandswahl

Wie schon in der Tagesordnung angekündigt, findet am 3. April wieder eine Vorstandswahl statt. Für zwei Vorstandsmitglieder ist die Amtszeit abgelaufen und sie werden auch nicht mehr kandidieren.

Es werden also mindestens zwei Kandidaten / Kandidatinnen gesucht, die sich unerschrocken in die Vorstandsarbeit stürzen wollen. Noch besser wäre es aber, wenn sich ein Team aus sechs Personen die Vorstandsarbeit so aufteilen könnte, daß genügend freie Energie übrigbleibt, um in Arbeitsgruppen, Ortsverbänden, oder anderen Bereichen der Grünen mitzumachen.

Die Arbeitsbereiche, die jetzt wieder neu besetzt werden müssen, sind die Kassenführung, die Mitgliederliste, die Materialverwaltung und die Protokollführung.

Wer also Bock hat, bei den Grünen etwas aktiver zu werden und sich vor Verwaltungsarbeit nicht scheut, dem / der sei ans Herz gelegt, die Kandidatur für den Vorstand ins Auge zu fassen.

(Fort. S. 2)

Liebe Leute!

*Was für warme
Worte sollen in die-
ser kleinen freien
Ecke des Rundbriefs
noch Platz finden?
Ich möchte so weit
anshaken und muß
mich so kurz fassen.
Zu spät! Jetzt ist
alles, was mir bleibt:
Schöne Grüße -
Euer Franz*

Eine Bitte an die SYMPATHISANTEN der Grünen, die diesen Rundbrief beziehen:

Um unsere Kosten ein bißchen in den Griff zu kriegen, bitten wir Euch, für den Rundbrief eine Jahres-Ab-Überweisung von 15 Mark lockerzumachen. Das Konto steht oben. Für den monatlichen spannenden Grünen-Rundbrief, den es nirgends am Kiosk gibt, ist das immer noch ein absoluter Zugreif-Preis!

Eröffnung eines Sonderkontos "Friedenssteuer"

Heute, am 20. März 1986 ist es soweit: Nachdem in anderen Städten schon viele Menschen Rüstungssteuern verweigern (z.B. in Bielefeld über 200) tun dieses nun auch die ersten in Darmstadt. Sie ziehen von selbst zu überweisenden Steuern (z.B. KFZ-Steuern) ganz oder teilweise den Prozentsatz ab, der dem Anteil der Rüstungsausgaben am Haushalt entspricht (19,4%) und zahlen ihn auf ein spezielles Konto, das Friedenssteuerekonto, das heute eröffnet wird. Durch ihr Vorgehen wollen die Teilnehmer der Aktion einen Widerspruch durchbrechen: Wir leisten Friedensarbeit, finanzieren aber gleichzeitig widerstandslos über Steuern Rüstung und andere Kriegsvorbereitungen. Das sind wenn man auch indirekte Ausgaben für militärische Zwecke berücksichtigt 30% sämtlicher Steuern, d.h. mindestens (!) 100 DM pro Monat und Steuerzahler. Solange diese Geldmittel unvermindert weiterfließen wird sich an der Rüstungspolitik nichts ändern. Sogar über Massendemonstrationen sieht der Staat einfach hinweg. Angesichts dieser Situation sind wir gefordert, zivilen Ungehorsam zu leisten. Menschenverachtende Gesetze müssen wir brechen. Entsprechend dem Grundgesetz sollte sich niemand zwingen lassen, gegen sein Gewissen durch Steuerzahler indirekt Kriegsdienst zu leisten (Gewissensfreiheit). Der Arbeitskreis Rüstungssteuerboykott schlägt folgendes Vorgehen vor:

Nach Kündigung der Einzugsermächtigung des Finanzamts von Steuern einen Teil einbehalten (z.B. 5,72 DM, symbolisch für jede Mittelstreckenrakete in Europa einen Pfennig) und auf das heute eröffnete Friedenskonto einzahlen (Kontonummer bei der Kontaktadresse). Dort bleibt das Geld liegen bis vom Finanzamt ein eindeutig friedlicher Zweck benannt wird. Dieses Vorgehen dem Finanzamt detailliert und begründet mitteilen.

Diese Aktion birgt viele Vorteile in sich:

- Dieser Rüstungssteuerboykott ist nicht strafbar, da das Finanzamt nicht getäuscht wird (keine Steuerhinterziehung) und sich niemand an dem einbehaltenen Geld bereichert.
- Durch den kleinen Betrag sind nur geringe Sanktionen zu erwarten (z.B. Prozentanteil von der einzutreibenden Summe). Das erleichtert uns das Einüben von zivilen Ungehorsam und den Abbau von Angst und Unsicherheit gegenüber Behörden.

WARUM DENN IN DIE FERNE SCHWEIFEN ... ?

Ein Blick vom Messeler Hügelland nach Metz.

Es gehört zu den hehren Prinzipien grüner Müllpolitik, daß der Müll dort beseitigt wird, wo er anfällt. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Transport von Müll bzw. Müllrückständen aus Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zu verurteilen und zu verhindern.

Warum sollen die Bewohner Lothringens mit dem von uns erzeugten Dreck belastet werden? (Stichwort: Mülltourismus) Eine umgekehrte Situation würden wir mit Recht auch nicht akzeptieren. Gegen die geplante Demonstration in Metz gibt es somit keine Einwände.

Was mich jedoch stört, ist der Ort der zweiten Kundgebung: Wiesbaden. Wiesbaden, das heißt in diesem Fall Joschka Fischer. Nicht daß ich der Ansicht bin, gegen einen grünen Minister dürfe man/frau nicht demonstrieren, so erscheint mir der Umweltminister in diesem Augenblick doch als die falsche Adresse.

Ich zitiere aus dem "Griene Bläddche Nr. 22", dem Mitteilungsblatt der GRÜNEN Darmstadt-Dieburg vom März 1986:

"Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Land Hessen von der Kreis-Koalition erwartet, die entsprechende Alternativ-Standortsuche für Messel in die Wege zu leiten - die Bezahlung für diese Positivplanung soll weitgehend aus Landesmitteln erfolgen, so die rot-grüne Arbeitsgruppe Messel."

Genau da hapert es im Moment. Soweit mir bekannt ist, gelang es der rot-grünen Koalition im Landkreis bisher nicht, diese Alternativ-Standorte für Messel zu benennen. Der richtige Ort für die zweite Kundgebung gegen den Mülltourismus wäre somit das Landratsamt des Kreises Darmstadt-Dieburg, die passende Adresse die rot-grüne Mehrheit.

Bei der augenblicklichen Planung dieser beiden Demonstrationen entsteht bei mir der Eindruck, daß einige lokale Strategen von ihren Schwierigkeiten ablenken wollen und aller Augenmerk nach Wiesbaden richten.

Dieser Schachzug ist sicherlich allen Recht, denen die grüne Regierungsbeteiligung in Hessen ein Dorn im Auge ist. Er entbindet die GRÜNEN des Landkreises Darmstadt-Dieburg und auch die GRÜNEN Darmstadts jedoch nicht von der Beantwortung der Frage, wo der Restmüll gelagert werden soll, der auch nach unserer Müllkonzeption noch einige Jahre anfallen wird.

Hier sind besonders die GRÜNEN Darmstadt-Dieburg gefordert. Gelingt ihnen eine Beantwortung dieser Frage nicht, ist dies ein Zeichen dafür, daß sie sich bei ihren Koalitionsverhandlungen mit der SPD unter Preis verkauft haben.

Manfred Staab